

Nr. 19/1008

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/1009

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 28. Mai 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Strategie des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Mitteilung des Senats vom 3. April 2018
(Drucksache [19/1604](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

2. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig veröffentlichen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2018
(Drucksache [19/1622](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich regeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Mai 2018
(Neufassung der Drucksache [19/1570](#) vom 7. März)
(Drucksache [19/1668](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich regeln

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1631](#))

Nr. 19/1011

Der Opfer und Angehörigen der Geiselnahme von Gladbeck angemessen gedenken!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 23. Mai 2018

(Drucksache [19/1673](#))

1. Die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) gedenken der Opfer des Gladbecker Geiseldramas im Jahr 1988. Sie sprechen ihre Anteilnahme gegenüber allen Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen des Gladbecker Geiseldramas aus und erkennen die besondere Verantwortung unseres Stadtstaates in dem Ablauf der Geschehnisse an.
2. Die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) bedauern den damaligen Umgang mit den Angehörigen der Opfer, denen nur eine improvisierte Hilfe und keine standardisierte umfassende Unterstützung zuteil geworden ist und versichern für die Zukunft, dass sich eine derartige Behandlung in Bremen nicht wiederholen wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Erinnerungsort für die Opfer des Gladbecker Geiseldramas im Bereich des Busbahnhofs Huckelriede zu initiieren, um den Opfern angemessen zu gedenken. Dabei sind der örtlich zuständige Beirat Neustadt und nach Möglichkeit auch die Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer zu beteiligen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, anlässlich des 30. Jahrestages in einer gesonderten Veranstaltung den Geschehnissen sowie der Opfer und ihrer Angehöriger angemessen zu gedenken.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Lösungsvorschläge des „Bundesbeauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlages auf dem Breitscheidplatz“ zur Notwendigkeit zentraler Opferschutzstrukturen und der Vernetzung der psychosozialen Notfallversorgung dieser Opferschutzstrukturen auf Landesebene mit den in Bremen vorhandenen Strukturen abzugleichen und die ergänzenden, die Landesebene betreffenden Empfehlungen umzusetzen und sich auf Bundesebene für die Realisierung der weiteren Empfehlungen des Bundesbeauftragten einzusetzen.

Nr. 19/1012

Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Februar 2016

(Drucksache [19/266](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1013

Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1421](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Nr. 19/1014

Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017
(Drucksache [19/1456](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1660](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1015

Zukünftige Trassenführung der B 6n

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2018
(Drucksache [19/1460](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018

(Drucksache [19/1545](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1016

Integrierte Planung des Bauabschnitts 2.2 der A 281 und B 6n - Keine Übertragung der Zuständigkeit für die B 6n an den Bund

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1676](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1017

Für einen gerechten Einstieg in die Schulgeldfreiheit: Schulgeldfreiheit für alle Auszubildenden in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/1649](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1018

Sofortige Schulgeldfreiheit ermöglichen – Tatsächliche Ausbildungsbedarfe in den Therapieberufen anerkennen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2018
(Drucksache [19/1677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1019

Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung

Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Januar 2018
(Drucksache [19/1476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1020

Minderjährige Flüchtlinge, die keine sind: Medizinische Altersfeststellung als Regelfall einführen!

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)
vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1549](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/1021

Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Dezember 2017
(Drucksache [19/1458](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. März 2018

(Drucksache [19/1592](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/1022

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Realisierbarkeit eines allgemeinen Schwerlastterminals in Bremerhaven prüfen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1519](#))

2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
2. Lesung

3. Lagebild zum Linksextremismus im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1526](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. April 2018
(Drucksache [19/1609](#))